

Bologna-Prozess und Eliteuniversitäten

Seit Beginn des so genannten "Bologna-Prozesses" im Jahr 1999 und der damit verbundenen Absicht, die europäische Hochschullandschaft bis 2010 zu harmonisieren, fegt ein Sturm über die deutschsprachigen Universitäten hinweg. Dessen Ende ist im Gegensatz zu den angerichteten Schäden noch nicht absehbar. Dabei bezog sich die von 29 Staats- und Regierungschefs unterzeichnete "Erklärung von Bologna" auf durchaus vernünftige Ziele: die Vergleichbarkeit von Universitätsabschlüssen, die Einführung eines international verständlichen "Diploma supplements", die Förderung der Mobilität der Studenten (unter anderem durch Einführung eines Leistungspunktesystems), Studien in zwei Abschnitten (Grundstudium und Hauptstudium oder Undergraduate und Graduate) und die Steigerung der Qualität der europäischen Universitäten. Mittlerweile beteiligen sich 45 Staaten am "Bologna-Prozess". Er reicht also weit über den EU-Raum hinaus.

Das erste Desaster, das eintrat, war die von den verantwortlichen Institutionen (in Österreich und Deutschland die beiden zuständigen Bundesministerien, wobei in Deutschland umstritten ist, ob das Bundesministerium überhaupt die nötige Kompetenz hat, in der Schweiz die Universitätskonferenz) erzwungene Strukturierung der Studien in einen Bachelor-Abschnitt (Grundstudium) und einen darauf aufbauenden Master-Studienabschnitt. Das hatte und hat mit "Bologna" nicht das Mindeste zu tun. Dort wurde lediglich die Gliederung in zwei Studienzyklen vereinbart, von denen der erste mindestens(!) drei Jahre dauern und der zweite mit einem Master oder(!) einer Promotion abschliessen sollte. Auf die bereits aus zwei Zyklen bestehenden Studien in Österreich und Deutschland wäre diese Festlegung ohne gravierende Änderung anwendbar gewesen.

Die zuständigen Minister ergriffen jedoch die Gelegenheit beim Schopf, um die Universitäten dazu zu zwingen, die Studien in einen dreijährigen, mit einem Bachelor-Examen abschliessenden Zyklus und einen darauf aufbauenden zweijährigen, mit einem Master abschliessenden Zyklus zu unterteilen. Dagegen wehrt sich mittlerweile ein grosser Teil der Professoren (wenn nicht deren Mehrheit) ebenso vehement wie erfolglos. Sie sind mittlerweile nur mehr Ausführungsorgane für die politischen Vorgaben.

Der Preis einer Erhöhung der Akademikerquote

Zwei Absichten spielen bei der Neugliederung der Studien zumindest in Deutschland und Österreich eine - mal mehr, mal weniger offen ausgesprochene - zentrale Rolle: die Erhöhung der Akademikerquote und die Praxisnähe des Studiums. Es ist in der Tat richtig, dass sich die Akademikerquote durch die Einführung des Bachelor-Examens erhöhen wird - und zwar durch den schlichten Mechanismus der Leistungsredu-

zierung. Was immer man vom Bachelor halten mag: es ist nicht zu bestreiten, dass innerhalb eines dreijährigen Studiums weniger Wissen vermittelt werden kann als in einem achtjährigen, aber auch als in einem vierjährigen (d.h. bis zu einem Zwischendiplom). Die Fähigkeiten, die man üblicherweise von einem Universitätsabsolventen erwartet, kann ein Bachelor schon deswegen nicht erwerben, weil dazu auch eine gewisse Zeit zur Einübung notwendig ist. Auf dem Papier der Statistiker wird sich die Akademikerquote darum erhöhen, aber tatsächlich verbirgt sich hinter der Quote eine zunehmende Zahl von Halbakademikern.

Die Bildungspolitiker erwarten, dass der Bachelor als akademischer Abschluss akzeptiert wird und dass nur ein Teil der Studenten bis zum Master studiert. Das würde die Studienzeiten an den Universitäten verringern. Da Studenten in der Regel nicht so dumm sind wie Politiker annehmen, ist jedoch davon auszugehen, dass die meisten nach dem Bachelor-Studium ein Master-Studium aufnehmen werden. Zu welchen Berufen ein Bachelor-Examen den Zugang öffnet, ist derzeit nämlich noch völlig offen. (Nicht offen hingegen ist, dass ein Bachelor deutlich schlechter bezahlt werden wird als ein Vollakademiker.) Die Politiker aller Couleur verhehlen übrigens nicht, dass sie die höhere Akademikerquote durch Leistungsminderung erreichen wollen. Sie argumentieren mit der hohen Studienabbrecherquote der Universitäten. (Es handelt sich hierbei übrigens keineswegs um die Quote der tatsächlichen Studienabbrecher, sondern um einen rein statistischen Wert aufgrund eines so genannten "Kohorten"-Vergleichs.) Mit anderen Worten: das Leistungsniveau des ersten Studienabschnitts soll so niedrig sein, dass auch die strukturell Leistungsunfähigen mühelos über die abschliessende Examenshürde hüpfen können. Das ist in etwa so, als würde der Leichtathletikverband die Distanz für den Hundertmeter-Lauf auf 90 Meter verkürzen, damit mehr Sprinter die Qualifikationszeiten schaffen.

Bachalaurii versus Fachhochschulabsolventen

Die geforderte Praxisnähe des dreijährigen Bachelor-Studiums ist insofern wenig sinnvoll, als noch nicht einmal die Naturwissenschaften - mittlerweile das Leitbild der Wissenschaftspolitiker - einen sinnvollen umfassenden Praxisbezug innerhalb der sechs Semester vermitteln können. Die Zeit reicht einfach nicht zur Vermittlung der fachlichen Grundlagen und gleichzeitig ihrer Anwendung. Folgerichtig werden sich - nicht nur in den Naturwissenschaften, sondern in allen Studienrichtungen - die Bachelor-Studien auf bestimmte, mehr oder weniger eng begrenzte Teilgebiete eines Fachs beschränken müssen, wollen sich die Fakultäten nicht mit Abschlüssen lächerlich machen, deren Niveau wenig über dem eines besseren Volkshochschulkurses liegt. Vor allem aber: Anwendungsorientiertes Wissen innerhalb genau begrenzter Teilbereiche einzelner Disziplinen liefern bereits die Fachhochschulen - und vermutlich besser als dies die Universitäten können. Wohin diese Verdoppelung der Ausbildungsstrategie führen wird, ist einstweilen offen. A la longue dürfte der Schaden bei den Universitäten liegen.

Bloss keine Zusammenhänge mehr vermitteln

Auch werden die Bachelor-Studien das System universitären Lernens verändern. Während sich das System der deutschsprachigen Universitäten bislang dadurch auszeichnete (oder zumindest auszeichnen sollte), dass wenigstens die avancierte Lehre ihre Basis in den Forschungen der akademischen Lehrer hatte, wird das Bachelor-Studium weitgehend verschult sein müssen, um den Studierenden innerhalb kürzester Zeit ein halbwegs solides Wissen einzutrichtern. Dass daneben noch Zeit zur kritischen Reflexion bleibt, ist schon deswegen eine illusorische Annahme, weil das Lernsystem modularisiert werden soll bzw. muss. Studenten werden sich also ihr Wissen punktgenau auf die Endprüfung des jeweiligen Moduls hin aneignen. Die einzelnen Module zu verknüpfen oder nicht zu verknüpfen, bleibt ihnen überlassen.

Die Hoffnung der auf Kostensenkungen erpichten Politiker, dass nur ein geringer Teil der Bachelor-Absolventen ein Master-Studium anschliesst - was allein zu dem erwünschten Ziel der Kostenreduzierung führen könnte -, wird sich als trügerisch erweisen. Aber selbst wenn die Rechnung aufginge, wäre der Preis dafür eine akademische Minderbildung - und dies in Ländern, deren wirtschaftliches Wohlergehen, wie immer wieder betont wird, zu einem massgeblichen Teil von Forschung und Entwicklung abhängt.

Verschulung und Kosten zusammengenommen führen dazu, dass jetzt schon gelegentlich - meist hinter vorgehaltener Hand - die Frage auftaucht, warum denn die teuren Professoren Bachelor-Lehrveranstaltungen abhalten sollten, wenn "normale" Lehrer - der Mittelbau oder billige Lehrprofessuren - dies ebenso könnten. Für den einen oder anderen Professor mag diese Idee ihren Reiz haben, muss er sich doch nicht mehr mit der Grundlagenvermittlung in Proseminaren herumschlagen, deren Teilnehmern das Schulwissen fehlt. Es sei aber daran erinnert, dass die Einführung in das wissenschaftliche Denken im ersten Semester beginnen sollte. Ein verschultes Bachelor-Studium wird dazu führen, dass eben diese Einführung erst mit dem Master-Studium erfolgen wird. Das aber wurde seinerseits auf einen kurzen Zeitraum komprimiert. Das Lernen von Fakten im Bachelor-Studium mag das Master-Studium von einigen Lehrinhalten entlasten. Es ist aber kein Ersatz für das Verständnis, das die eigentliche universitäre Bildung ausmacht.

Ohne vernünftige Kapitalausstattung keine Autonomie

Im Laufe der Zeit wurde die Erklärung von Bologna durch weitere Erklärungen in den alle zwei Jahre stattfindenden Folgekonferenzen der europäischen Bildungsminister ergänzt. An dem Wortlaut der meisten Erklärungen wird man wenig Kritik üben können, wäre er nicht generell so, dass er, wie die "Bologna-Erklärung" selbst, einen allzu weiten Interpretationsspielraum liesse. Unter dem blossen Vorwand, den Bologna-Prozess umzusetzen, führte das umgehend zu Massnahmen, die auf der nationalen Ebene erheblichen Schaden anrichten. So forderte die Erklärung von Salamanca 2001 die Autonomie der Universitäten, und zwar für ihre akademischen Aufgaben wie für ihre Verwaltung. Dagegen wäre schon deshalb kaum etwas einzuwenden, weil aus-

drücklich eine ausreichende Finanzierung ("fair financing") zum Kriterium gemacht wurde. Während sich jedoch die Schweiz wohldotierte Universitäten leistet, leiden die Universitäten in Deutschland und Österreich unter einer Auszehrung der notwendigen finanziellen Grundausstattung. In Frankreich sieht es nicht besser aus. Das hat nichts mehr mit der in der Salamanca-Erklärung geforderten Öffnung der Universitäten gegenüber kompetitiven Prozessen oder der eigenen Ressourcenallokation zu tun, die beide eine ausreichende Grundfinanzierung voraussetzen. Es ist vielmehr zurückzuführen auf eine allgemeine Sparpolitik und der ideologisch bedingten Einführung der auf die Universitäten nicht ohne weiteres anwendbaren neuen Verwaltungsführung ("new public management"). Dabei bleibt völlig ausser Acht, dass - wie bei jedem Unternehmen - eine vernünftige Kapitaldecke vorhanden sein muss. Verschärft wird die Situation nicht nur durch die fehlenden Sachmittel, sondern auch durch die faktische Senkung der Professorensaläre. In Österreich kam sie mit der Abschaffung des Beamtenstatus und in Deutschland durch die neuen so genannten W-Gehälter. Deren Folge ist, dass ein Professorensalär unter dem Durchschnittseinkommen eines Primarschullehrers liegt. Gerade in den anwendungsorientierten Fächern wird man mit solchen Remunerationen keine Koryphäen locken können. Damit fehlen auch die geeigneten Leute, um den Auftrag der wirtschaftlichen Autonomie der Universitäten umzusetzen.

Paradoxerweise wird der Bologna-Prozess einerseits als Prozess propagiert, der zu einer erheblichen Qualitätssteigerung des europäischen Hochschulraums führen soll, andererseits erschallt seit einiger Zeit in Deutschland und Österreich der Ruf nach Eliteuniversitäten. Er dringt weniger aus den Universitäten selbst als aus der Ministerialbürokratie (während der schweizerische Bundesrat Pascal Couchepin die Forderung nach kantonalen Eliteuniversitäten abgelehnt hat). Offenbar gehen die Wissenschaftspolitiker der beiden genannten Länder nicht davon aus, dass der Bologna-Prozess die Qualität steigert. Vielleicht geben sie die bestehenden Universitäten für die Spitzenforschung auch schon verloren. Eine vernünftige Begründung, warum Eliteuniversitäten nötig seien, wenn bei erfolgreichem Abschluss des Bologna-Prozesses doch alles zum Guten steht, hat kein Bildungspolitiker bislang vorgebracht.

Das "Austrian Institute of Advanced Science and Technology"

In Österreich hat die zuständige Ministerin Elisabeth Gehrler vor kurzem die Gründung einer Eliteuniversität unter dem Namen "Austrian Institute of Advanced Science and Technology" angekündigt. Damit nahm sie eine Forderung des durch seine "Teleportationsexperimente" bekanntgewordenen Experimentalphysikers Anton Zeilinger aus dem Jahre 2003 auf. Hinter dem Titel verbirgt sich natürlich keine Universität, auch wenn die Kosten sich nach der Aufbauphase auf etwa 70 Millionen Euro jährlich belaufen werden, sondern ein naturwissenschaftlich-mathematisches Forschungszentrum, das mit anderen "Exzellenzzentren" in Österreich vernetzt werden soll. Am "Austrian Institute of Advanced Science and Technology" sollen 500 Forscher arbeiten und sich nach ihrer Dissertation weiterbilden können.

Von der Summe, die für das Personal und die Forscher des Instituts aufgebracht werden, können "normale" österreichische Universitäten und ihre Studenten nur träumen. Zwar soll das Budget für das "Austrian Institute of Advanced Science and Technology" nicht von den Budgets der bereits bestehenden Universitäten abgezogen werden. Doch stösst diese Aussage der Bundesministerin zumindest bei den Universitäten auf grosse Skepsis. Die Glaubwürdigkeit der Ministerin, deren Beliebtheitswert in Österreich in den letzten zehn Jahren von 49 auf 17 Prozent zusammengesmolzen ist, tendiert an den Universitäten seit der Propagierung der österreichischen "Weltklasseuniversität", von der das Land weiter denn je entfernt ist, und dem danach folgenden Budgetdesaster der neuen "autonomen" Universitäten, die aber noch nicht einmal ihre Basisaufgaben hinreichend finanzieren können, gegen Null.

Im Lande Max Plancks: Exzellenzcluster in Deutschland

In Deutschland hat die Hochschulrektorenkonferenz im Jahr 2004 nachdrücklich darauf hingewiesen, dass die seinerzeitige Idee der zuständigen Bundesministerin Edelgard Bulmahn (im Bonn der achtziger Jahre eine Wohngemeinschaftspartnerin des SP-Abgeordneten Gerhard Schröder, wie die Süddeutsche Zeitung unlängst berichtete), Eliteuniversitäten durch zusätzliche Budgetzuweisungen an bereits bestehende Universitäten zu schaffen, in einem deutlichen Gegensatz stehe zu der generellen Politik der Budgetkürzungen bei den Universitäten durch Bund und Länder. Diese Kürzungen haben in Deutschland bereits zu Qualitätseinbussen geführt und eine Umverteilung der Mittel innerhalb der Universitäten würde bei den nicht "elitegeförderten" Universitäten wohl den Prozess des Qualitätsverlusts beschleunigen. Selbstredend erklärte die Bundesministerin postwendend, das Geld für die Eliteuniversitäten würde nicht an anderer Stelle der Bundesausgaben für die Hochschulen gekürzt. Edelgard Bulmahn befand sich in einer etwas anderen Lage als ihre Kollegin Elisabeth Gehrler. In Deutschland sind die Universitäten im Wesentlichen Ländersache. Auch die Frage der Finanzierung von Eliteuniversitäten bedingt ein Einvernehmen mit den Ländern. Einige Länder finden es sinnvoller, gezielt einzelne Fachbereiche an den Universitäten zu fördern als einzelne Universitäten. Dies entspricht auch der deutschen Tradition. Im Gegensatz zu den immer wieder als Beispiel herangezogenen USA kennt sie keine Eliteuniversitäten, wohl aber herausragende Fakultäten und Institute.

Erst vor kurzem wurde der Streit zwischen Bund und Ländern beigelegt: 1,9 Milliarden Euro (von denen der Bund 75 Prozent übernimmt) sollen für die Bildung von Exzellenzforschung bis 2011 ausgegeben werden. Dabei sollen Spitzenforschung an ausgewählten Universitäten sowie "Exzellenzcluster" (bei denen auch an eine Zusammenarbeit zwischen Universitäten und ausseruniversitären Institutionen gedacht ist) gefördert und 40 Graduiertenkollegien zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses finanziert werden. Die Mittelzuteilung erfolgt über einen Wettbewerb. Den Zuschlag erteilt eine "unabhängige Jury". Der Traum von Eliteuniversitäten ist also fürs Erste ausgeträumt; und

die Förderung der Spitzenforschung entspricht sowohl dem föderalen System als auch der deutschen Tradition. Doch hinter dem Förderungsplan hält sich weiterhin hartnäckig die Idee, mit viel Geld werde man die Elite schon herbeizaubern.

Qualität ist in erster Linie eine Frage des Personals

Ist Geld wirklich das Allheilmittel, um die auf Grund laufende universitäre Forschung wieder flott zu machen? Zunächst einmal gilt, dass es in beiden Ländern immer noch sehr renommierte Institute gibt, die im internationalen Vergleich glänzend bestehen. Danach stellt sich die Frage, ob finanzielle Strukturmassnahmen eine Verbesserung bewirken können. Sie stellt sich grundsätzlich und darf sich nicht auf Eliteuniversitäten und Exzellenzcluster beschränken.

Elitebildung ist nicht an Institutionen gebunden, über deren Eingangstür "Eliteuniversität" steht. Sie ist an Personen gebunden. Die Qualität der einzelnen Universitäten, Fakultäten und Institute konnten die anderen akademischen Institutionen sowie die Arbeitgeber ganz gut einschätzen. Der "Ruf" der Institute und Fakultäten hängt jedoch immer an der Reputation der dort tätigen Professoren, ist also konkret an einzelne Personen gebunden. Eliteforschung und -ausbildung verband sich mit diesen Personen und erst dann mit den Institutionen, wenn sie - wie etwa die ETH Zürich - über Jahre und Jahrzehnte eine entsprechende Personalpolitik betrieben. Das gilt ebenso für die "Ivy-League"-Universitäten. Eine der Folgen des Bologna-Prozesses ist jedoch gerade die Abkehr von der personalen Bindung des Lehr- und damit mittelbar auch des Forschungsbetriebs. Nichts anderes bewirken nämlich die florierenden Akkreditierungs-Institutionen, die Studienpläne, Sachausstattungen oder Personalstrukturen prüfen und von denen faktisch die Einrichtung neuer Studiengänge abhängig ist oder in Bälde sein wird.

Daraus wiederum wird sich eine paradoxe Abhängigkeit der Forschung von der Lehre (statt umgekehrt) ergeben. Die Forschung wird sich schon aus finanziellen Gründen an den akkreditierten Studiengängen ausrichten müssen. Insofern ist der Bologna-Prozess gerade in seinen angeblich die Qualität sichernden Mechanismen elitefeindlich.

Sinnvoller wäre, die Berufungspraxis zu überprüfen und von wissenschaftsfremden Kriterien abzukoppeln. Wenn, wie etwa an der Universität Graz, profunde Kenntnisse im "gender-mainstreaming" Voraussetzung einer Berufung sein sollen, ist dies nichts anderes als eine Politisierung der Berufungspraxis. (Die "Fachstelle für Gleichstellung" der Stadt Zürich definiert diesen Terminus so: "Gender Mainstreaming ist, wenn die Frage nach dem Geschlecht so selbstverständlich wird wie die nach den Kosten.") In Deutschland liess sich im letzten Dezennium beobachten, wie Fakultäten "kippten", indem einige mittelmässige Professoren berufen wurden, die in den Fakultäten nach einer gewissen Zeit Mehrheiten organisieren konnten. Das führte dazu, dass in der Folge häufig nicht Spitzenforscher berufen wurden, die allein durch ihre Anwesenheit einen Teil der Kollegen hätten blamieren können, sondern Kollegen, die vom Niveau her kompatibel waren.

Was heute fehlt, ist ein Universitätspolitiker vom Schlage des preussischen Ministerialdirigenten Friedrich Theodor Althoff, der um die Wende zum 20. Jahrhundert Berufungen nicht selten gegen Fakultätswünsche aussprach, zum Beispiel die des späteren Nobelpreisträgers Emil von Behring an die Universität Marburg. In Berlin sorgte Althoff, der nicht umsonst als "Bismarck des deutschen Universitätswesens" bezeichnet wurde, nicht nur für den Ausbau der Universität, sondern betrieb unter anderem auch Adolf von Harnack, Max Planck und Robert Koch. Das geschah nicht zufällig: Althoff entsandte Hörer in die Vorlesungen der für eine Berufung in Aussicht genommenen Kandidaten, er sprach mit den Studenten und mit den Kollegen - und er garantierte den Berufenen ihre Unabhängigkeit. Auch bei Althoff ging es immer wieder ums Geld. Aber die Mittel, die er für die Wissenschaft erkämpfte, erkämpfte er, um sie gezielt und häufig personengebunden einzusetzen (so etwa bei Koch und Behring). Es gelang ihm dadurch, die deutsche Wissenschaft aus ihrer Krise in den 1880er Jahren herauszuführen. Die Folge: 1918 (zehn Jahre nach Althoffs Tod) wurden mehr als ein Drittel der Nobelpreise an deutsche Forscher verliehen.

Das Beispiel des "Systems Althoff" zeigt zwar, dass Geld durchaus wichtig ist für eine universitäre Elitebildung, dass aber die entscheidende Voraussetzung für wissenschaftliche Spitzenleistungen in der Personalpolitik liegt. Nur wenn jene Köpfe vorhanden sind, die wissen wie Forschungsgelder sinnvoll ausgegeben werden können, lohnt es sich, zusätzliches Geld in die Universitäten zu stecken, seien es nun Eliteuniversitäten oder nicht.

Nachdruck, auch auszugsweise, gestattet nur unter dem Hinweis «Aus dem Wochenbericht der Bank Julius Bär».

Äusserungen über Gesellschaften im Börsenteil basieren auf zuvor publizierten Empfehlungen. Zu rechtlichen Hinweisen und sonstigen Offenlegungspflichten verweisen wir auf die jeweilige Ursprungspublikation.

BANK JULIUS BÄR

Julius Bär Gruppe: Zürich (Hauptsitz), Basel, Dubai, Frankfurt, Genf, Grand Cayman, Guernsey, Lausanne, London, Lugano, Luxemburg, Luzern, Mailand, New York, Wien und Zug
